

WIE LANGE KÖNNEN WIR UNS

DAS WEGSCHAUEN, DAS WEGHÖREN

UND DAS SCHWEIGEN NOCH LEISTEN?



VERÄNDERUNG DER ARBEITSWELT



VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT



VERSORGUNGSSICHERHEIT

OGB

INHALT

VORWORT	02
1.V – VERÄNDERUNG DER ARBEITSWELT	04
2.V – VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT	09
3.V – VERSORGUNGSSICHERHEIT	14
FAHRPLAN DER DREI V	18

© April 2021

Expertise und inhaltliche Zusammenstellung:

ExpertInnen der AK Niederösterreich und Mitglieder des interdisziplinären Beirats
unter Koordination von em. o. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Helmut Detter



VORWORT

Die Corona-Pandemie bestimmt derzeit alle Bereiche unseres Lebens. Kein Tag ohne neue Zahlen, neue Vorschläge, neue Maßnahmen. Das ist einerseits wichtig, birgt aber auch eine große Gefahr in sich: nämlich, dass die entscheidenden Zukunftsfragen für die Menschen im Land auf die lange Bank geschoben werden. Und manchmal entsteht der Eindruck, dass das einigen politischen Verantwortungsträgern auch ganz recht so ist.

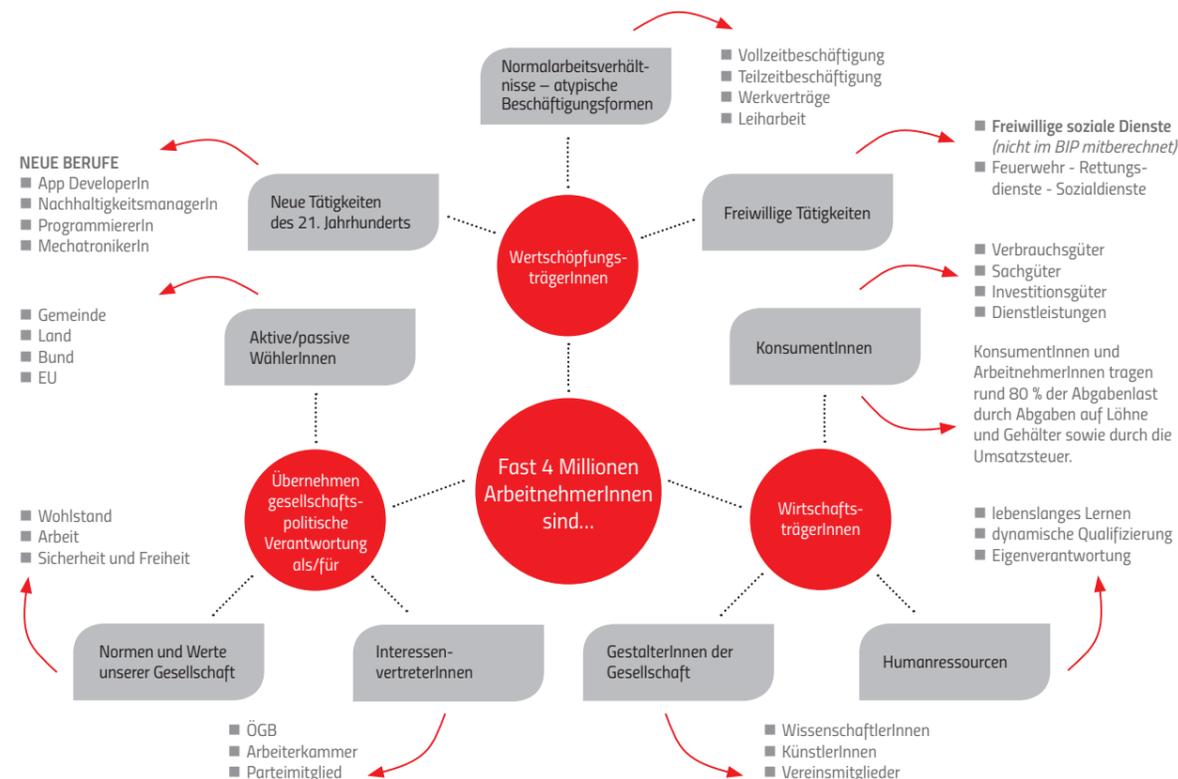
Denn wie das nun einmal bei entscheidenden Zukunftsfragen ist, sind diese nicht immer einfach zu beantworten, und nachhaltige Problemlösungen erfordern oft grundlegende Veränderungen im Denken und Handeln. Und das wiederum wollen viele sehen noch hören – und schon gar nicht wollen sie darüber reden.

Wir reden darüber. Wir nennen die konkreten Probleme, die konkreten Herausforderungen, und wir erarbeiten konkrete Lösungen dafür. Denn als Arbeiterkammer und ÖGB sind wir die starke Stimme der arbeitenden Menschen in Österreich.

Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die wahren Leistungsträger im Land. Sie sichern die Wertschöpfung in der Wirtschaft, sie tragen als KonsumentInnen im hohen Ausmaß zu Wachstum und Wohlstand bei und sie sorgen dafür, dass unsere Gesellschaft funktioniert. Sie halten das Land am Laufen.



Foto: Vinyalek



Quelle: AK Niederösterreich

Als starke Stimme dieser fast vier Millionen Mitglieder widmen wir uns bereits seit dem letzten Sommer intensiv den großen Zukunftsthemen unserer Zeit. Ich nenne sie die „drei V“.

Erstens **die Veränderung der Arbeitswelt.**

Digitalisierung und Globalisierung führen zu wachsenden Problemen wie hoher Arbeitslosigkeit, Lohndumping, prekären Arbeitsverhältnissen, Arbeitsflexibilisierung und Entgrenzung der Arbeit.

Im vergangenen Jahrzehnt ist das Volumen der in Österreich von Menschen geleisteten Arbeitsstunden um 120 Millionen Stunden gesunken. Gleichzeitig ist aber die Anzahl der Beschäftigten im Lande um etwa 350.000 gestiegen. Daraus folgt, dass wir die Arbeit neu verteilen werden müssen. Denn wenn immer mehr Menschen das gleiche Maß an Arbeit verrichten sollen, dann steht fest: Entweder jeder einzelne arbeitet in Zukunft weniger, oder viele werden überhaupt keine Beschäftigung im Rahmen der klassischen Erwerbsarbeit finden. Wir brauchen daher eine Neuordnung der Arbeitswelt. Eine Arbeitswelt, in der die vorhandene Arbeit unter den Menschen im Land fair verteilt ist.

Zweitens **die Verteilungsgerechtigkeit.**

Es geht um die Frage, wer welchen Beitrag für die Gemeinschaft leistet und wie unser Solidarstaat auch in Zukunft stabil finanziert werden kann.

In den Anfängen des Sozialstaats sorgte die menschliche Arbeitskraft praktisch im Alleingang für den Unternehmenserfolg. Daher hatte es damals auch seine Berechtigung, die Lohnsumme als Grundlage für die Bemessung der Beiträge zur Sozialversicherung heranzuziehen. Durch Industrialisierung und Automatisierung traten in weiterer Folge aber andere Produktionsfaktoren immer stärker in den Vordergrund. Heute liegt das Verhältnis zwischen Mensch und Maschine bereits bei etwa 60 zu 40. Diese Lücke von 40 Prozent bei der Finanzierung des Solidarstaates muss rasch geschlossen werden.

Und drittens **die Versorgungssicherheit.**

Dazu zählt vor allem unser Gesundheits- und Pflegesystem, kommunale Leistungen wie Kanal, Wasser, Müll, usw. Dazu zählt die Energieversorgung - Stichwort: Blackouts – Dazu zählt die öffentliche Sicherheit, Post und Telekommunikation, die Nahversorgung, und nicht zuletzt auch die Verkehrs- und Wohnungswirtschaft.

Die Coronakrise zeigt deutlich: Wir brauchen die Produktion lebenswichtiger Güter vor Ort: in der EU, in Österreich. Am besten wären diese Betriebe in Niederösterreich angesiedelt. Das schafft Sicherheit und zusätzlich neue Arbeitsplätze. Denn was bringen uns die besten Medikamente, die beste Schutzausrüstung, wenn sie im Ernstfall nicht zur Verfügung stehen, weil sie im Ausland produziert und nicht nach Österreich geliefert werden?

Wir haben uns – gemeinsam mit hervorragenden Expertinnen und Experten – den drei bedeutendsten Themen für die Zukunft unseres Landes gewidmet – mit Herz und Hirn.

Das vorliegende Memorandum ist der Fahrplan für eine gute Zukunft für alle Menschen in unserem Land.

Markus Wieser
Präsident der AK Niederösterreich
Vorsitzender des ÖGB Niederösterreich

St. Pölten, im April 2021

1.V – VERÄNDERUNG DER ARBEITSWELT

MODERN TIMES

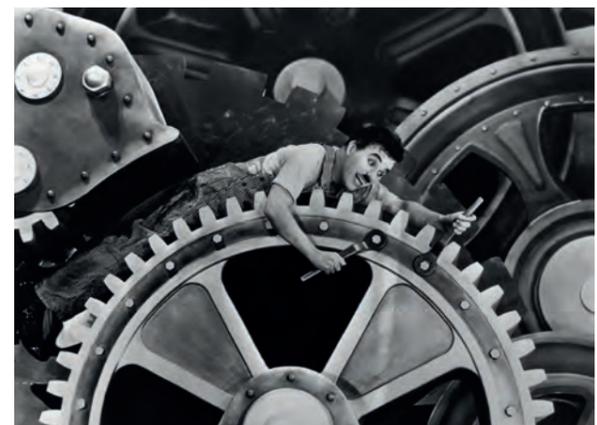
Das einzig Fixe an der Arbeitswelt ist ihre ständige Veränderung. Schon Charlie Chaplins Film „Modern Times“ aus dem Jahr 1936 hat sich mit neuen Produktionsformen und deren Auswirkungen auf die Menschen beschäftigt.

Heute feuern Automatisierung, Robotisierung und Digitalisierung diese Veränderungen an. Der messbare Effekt: Arbeit wird heute wesentlicher produktiver, orts- und zeitunabhängiger vollzogen, als vor wenigen Jahren.

Der andere messbare Effekt: Die Belastung der Menschen im Arbeitsleben steigt ständig an. Die Arbeitsverdichtung im Beruf, Just in Time-Lieferungen, Entgrenzung von Beruf und Freizeit ... all dies wirkt negativ auf Psyche und Physis der Beschäftigten.

DIE LÖSUNG

- » Verpflichtende Umsetzung der betrieblichen Gesundheitsförderung. Im Betrieb ist alles für die betriebliche Gesundheitsförderung zu tun, damit die MitarbeiterInnen gesund in die Arbeit gehen und gesund aus der Arbeit kommen und nach einem langen Arbeitsleben auch gesund in die Pension gehen können.
- » Öffentliche Gesundheitsprogramme für ArbeitnehmerInnen ausbauen, verbessern und ausreichend finanzieren (vor allem präventiv wirkende Programme wie Fit-to-work, Gesundheitsvorsorge aktiv, etc. weiter ausbauen)



Charlie Chaplin gefangen in Riesenrädern (aus dem Film Moderne Zeiten), Fotocredit: Bettmann/Getty Images

KOSTENSENKUNG ZU LASTEN DER ARBEITNEHMER*INNEN

Aber wieso gibt es diese ständigen Neuerungen überhaupt? Die Gründe heißen Rationalisierung und Kostenoptimierung von Produktions- und Innovationsprozessen. Je geringer die Produktionskosten desto erfolgreicher im Wettbewerb, desto mehr Gewinn – für die Unternehmen und deren Eigentümer. Diese Kostensenkungsprogramme in Unternehmen, werden zunehmend auf den Rücken der ArbeitnehmerInnen ausgetragen.

DIE STARKE STIMME FÜR DIE WAHREN LEISTUNGSTRÄGER*INNEN

Die Gewerkschaften und die Arbeiterkammern sind die starke Stimme der wahren LeistungsträgerInnen im Land. Sie kämpfen jeden Tag und an vielen Fronten dafür, dass die Beschäftigten im Land ihren gerechten Anteil an der Wertschöpfung erhalten. Dieser chronische Interessensgegensatz unseres Wirtschaftssystems wird jedes Jahr an den Kollektivvertragsverhandlungen für alle sichtbar.



KV-Verhandlungen in den Medien.

Denn die meisten Familien in Österreich leben von ihrem Lohn oder ihrem Gehalt. Demgegenüber stehen Unternehmen, die Löhne und Gehälter nur als Kosten sehen. Dieser Widerspruch ist im 21. Jahrhundert noch immer so aktuell wie im Zeitalter der Dampfmaschinen. Er wird bei uns zwar zum Glück nicht auf der Straße ausgetragen, wie anderswo, sondern durch sozialpartnerschaftliche Verhandlungen, aber dieser Widerspruch bleibt bestehen. Er ist der Kern unseres Wirtschaftssystems.

ZUKUNFTSWEISENDE IDEEN GEHÖREN GEFÖRDERT: DER PROJEKTFONDS ARBEIT 4.0

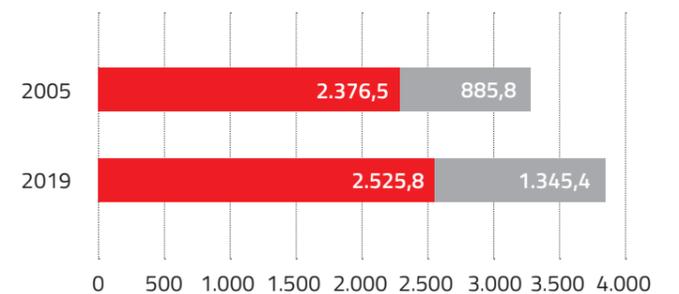
Digitalisierung verändert unsere Arbeits- und Lebenswelt grundlegend. Deshalb führen wir als Interessenvertretung den Diskurs zu Zukunftsthemen in Niederösterreich im Interesse und zum Wohle der ArbeitnehmerInnen. Wir wollen die Zukunft der Arbeits- und Lebenswelt aktiv mitgestalten. Das ist Ziel des „Projektfonds Arbeit 4.0“ der AK Niederösterreich im Rahmen des AK Zukunftsprogramms. Der Projektfonds Arbeit 4.0 knüpft in den nächsten drei Jahren thematisch an die „3 V für Österreichs Zukunft“ an. Zum Auftakt steht im Jahr 2021 die Förderung von Projekten zum Thema „Veränderung der Arbeitswelt“ im Mittelpunkt. Durch den Einsatz moderner Technologien sollen neue, attraktive Berufe entstehen, soll die Arbeitsplatzqualität steigen, sollen Ängste vor Digitalisierung genommen werden und soll die soziale Absicherung der Beschäftigten bewahrt bleiben. Der Projektfonds Arbeit 4.0 fungiert dabei als Motor und Drehscheibe für innovative Ideen und ermöglicht deren Umsetzung. Schon bisher werden in Niederösterreich 26 Projekte mit einem Volumen von über 2 Millionen Euro gefördert. Mit den Ergebnissen aus den Projekten setzen wir Impulse für eine gute und sozial gerecht gestaltete Arbeitswelt – jetzt und in Zukunft.

ATYPISCHE ARBEITSVERHÄLTNISSE IM STEIGEN BEGRIFFEN

Der 40-Stundenjob in ein und demselben Unternehmen ist nicht mehr die Regel. Befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit und freie Dienstverträge nehmen zu. Laut Statistik Austria ist jede/r dritte ArbeitnehmerIn in Österreich in einer „atypischen“ Beschäftigungsform – also befristet, Teilzeit, Leiharbeit, mit freiem Dienstvertrag ... Das Atypische wird immer mehr zum Typischen.

Dazu kommt die stark wachsende Gruppe der Solo- und Scheinselbständigen. Ende 2019 waren es fast 320.000 Unternehmen in Österreich. Diese Selbstständigen operieren im Graubereich zwischen unselbstständiger und selbstständiger Tätigkeit. Viele dieser Scheinselbständigen werden im Betrieb genauso eingesetzt, wie ihre KollegInnen mit festen Dienstverträgen. Mit dem Ergebnis, dass sämtliche Risiken die/der Scheinselbständige trägt. Urlaubsanspruch gibt es oft genauso wenig wie Überstundenbezahlung oder bezahlten Krankenstand.

Atypische Arbeitsverhältnisse im Vergleich



- Normalarbeitsverhältnisse (Vollzeit, ganzjährig) inkl. Lehre
- Atypische Arbeitsverhältnisse (Teilzeit, befristet, Leiharbeit, Freier Dienstvertrag)

Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung

DIE LÖSUNG

- » Vereinheitlichung und Verbesserung der ArbeitnehmerInnenrechte, eine bessere rechtliche Durchsetzung sowie abschreckend hohe Strafen bei Nichtbefolgung
- » Bei der Arbeitskräfteüberlassung muss gesetzlich definiert sein, dass nur maximal zehn Prozent der Belegschaft aus Leiharbeiternehmer bestehen darf. Nach sechs Monaten Betriebszugehörigkeit der Leiharbeiternehmer soll eine Übernahmepflicht des beschäftigenden Arbeitgebers entstehen.

- » Selbstständigkeit muss Selbstständigkeit bleiben, Scheinselbstständigkeit muss abgeschafft werden.
- » Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping
- » Substanzielle Erhöhung der Mindestlöhne und faire Erhöhung der Löhne und Gehälter
- » Verbesserung der Pendersituation, Reform des Pendlerpauschales in eine sozial-ökologische Richtung

AUS LEHRLINGEN WERDEN FACHKRÄFTE

In Österreich herrscht ein Paradoxon: Viele klagen über einen Fachkräftemangel, aber die Zahl der Lehrlinge ist in den letzten 40 Jahren um 44 % zurückgegangen. Wurden im Jahr 1980 noch ca. 194.000 ausgebildet, sind dies im Jahr 2020 nur mehr 108.416.

Das heißt: viele Unternehmen bilden nicht aus, wollen aber ausgebildete Fachkräfte haben.



Berufsinformationsmesse Zukunft.Arbeit.Leben der AK Niederösterreich

DIE LÖSUNG

- » Das System der dualen Lehrausbildung (im Betrieb und in der Berufsschule) ist der Schlüssel für eine passgenaue Qualifikation für die jeweiligen Arbeitsplätze in den Unternehmen.
- » Weil aber nicht genügend in den Betrieben ausgebildet wird, muss in die überbetriebliche Ausbildung investiert werden.
- » Eine umfassende berufliche Aus- und Weiterbildung sowie

eine frühzeitige Berufsinformation (auch zu Mangelberufen) bereits in der Schule führt potenzielle Lehrlinge zu ihrem Traumberuf.

- » Konkret muss Berufsorientierung, soziale Kompetenzen und Gesellschaftskunde in allen Schultypen ab der 5. Schulstufe bis zur 8. Schulstufe zum Pflichtfach werden.

LANGZEIT-ARBEITSLOSIGKEIT - GIFT FÜR BETROFFENE, FAMILIE UND GESELLSCHAFT

Die Corona Pandemie in Österreich und deren Auswirkungen auf Wirtschaft und Arbeitsplätze haben zu einer rasant steigenden Arbeitslosigkeit geführt. Aber schon seit Jahrzehnten sind immer mehr Menschen arbeitssuchend. Von ihnen waren 2020 bereits 144.000 Frauen und Männer langzeitarbeitslos. Diese Zahl wird in den nächsten Monaten krisenbedingt weiter ansteigen. Jemand der 6 Monaten arbeitslos ist, hat bei Bewerbungen in Unternehmen keine wirkliche Chance mehr.

DIE LÖSUNG

- » Zum einen müssen die Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Zum anderen müssen Arbeitslose aus- und weitergebildet werden.
- » Das „Case Management“ des AMS bei Langzeitarbeitslosen ausbauen. So kann auf die individuellen Fähigkeiten und Anforderungen der Betroffenen eingegangen werden. Voraussetzung dafür ist eine ausreichende personelle, infrastrukturelle und finanzielle Ausstattung des AMS.
- » Für ältere Langzeitarbeitslose müssen sinnvolle Arbeitsplätze mit Jobgarantie angeboten werden, z.B. in gemeinnützigen Projekten, in den Gemeinden und in integrativen Betrieben.
- » Zielgruppengerechte Förderungen und Unterstützungen müssen entwickelt werden. Z.B. zeigt das aktuelle Projekt „Initiative Niederösterreich“, welches arbeitslose Akademiker am Weg zurück in die Arbeitswelt unterstützt.
- » Erhöhung der sozialen Absicherung bei Arbeitslosigkeit über eine höhere Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld.
- » Lenkende Maßnahmen des Arbeitskräftezuzugs aus dem Ausland

DIE ARBEIT AUF MEHR SCHULTERN VERTEILEN

Jedes Jahr verrichten ArbeitnehmerInnen in Österreich sechs Milliarden bezahlte Arbeitsstunden. Eine Milliarde Arbeitsstunden kommt von selbstständig Erwerbstätigen. Dieses Arbeitsvolumen ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten mehr oder weniger konstant geblieben. Gleichzeitig ist die Zahl der Arbeitsplätze stark angestiegen.

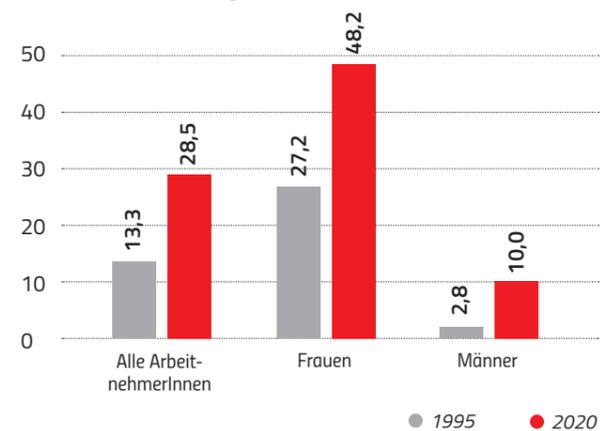
Die logische Folge: die durchschnittliche Arbeitszeit pro Woche pro ArbeitnehmerIn sinkt. Vollzeitarbeitsplätze werden Schritt für Schritt durch Teilzeitarbeitsplätze verdrängt.

Dazu kommt: Teilzeitarbeit ist vor allem weiblich: Fast jede zweite Frau ist teilzeitbeschäftigt, hingegen nur jeder zehnte Mann. Die Gründe für den hohen Teilzeitanteil bei Frauen liegen vor allem in der Betreuung von Kindern und pflegebedürftigen Angehörigen. Aktuelle Untersuchungen der AK Niederösterreich zeigen, dass viele teilzeitbeschäftigte Frauen aber sehr wohl gerne mehr Stunden arbeiten wollen.

DIE LÖSUNG

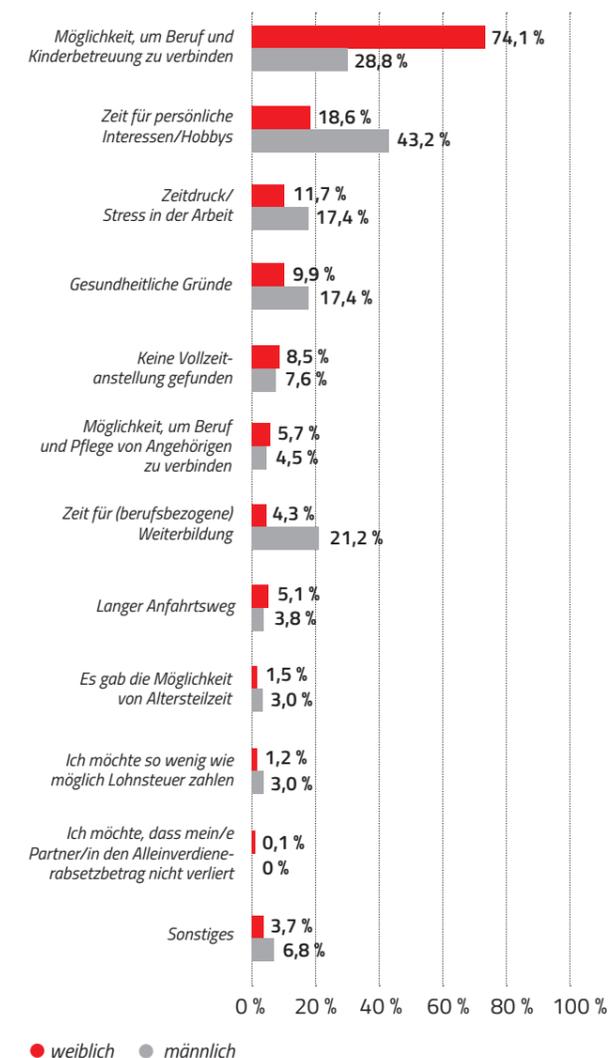
- » Auf- und Ausbau von kostenlosen, ganztägigen, ganzjährigen, flächendeckenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten.
- » Qualitativ hochwertige Pflegebetreuung flächendeckend sicherstellen.
- » Faire Verteilung von Arbeit und Einkommen

Teilzeitquote in Österreich nach Geschlecht: 1995 und 2020 im Vergleich



Quelle: Statistik Austria, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung

Gründe für Teilzeitbeschäftigung nach Geschlecht (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: Teilzeit in Niederösterreich: „Teilzeit – ist das wirklich mein Wunsch?“, L & R Sozialforschung

BETRIEBLICHE MITBESTIMMUNG AUSBAUEN

Die Veränderungen in der Arbeitswelt haben auch Auswirkungen auf die betriebsrätliche und gewerkschaftliche Arbeit. Individualisierung und Vereinzelung erschweren in zunehmenden Maße die Arbeit der ArbeitnehmerInnenvertretung. Zeitliche und örtliche Flexibilität der Arbeitsleistung – z.B. durch Home-Office – werden diesen Trend eher beschleunigen als bremsen.

DIE LÖSUNG

- » Verbesserung der gesetzlichen Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten- wie es erfolgreiche und arbeitnehmerfreundliche Betriebe ja bereits vorzeigen. Sie kommen dank kluger Betriebsvereinbarungen deutlich besser durch die Krise als Betriebe ohne Betriebsrat. Der aber ist Voraussetzung für gemeinsame verbindliche Regelungen im Unternehmen. Denn Betriebsvereinbarungen können nur mit einem Betriebsrat vereinbart werden.
- » Ausreichende zeitliche Ressourcen für die Tätigkeit und Weiterbildung der Betriebsräte sicherstellen.

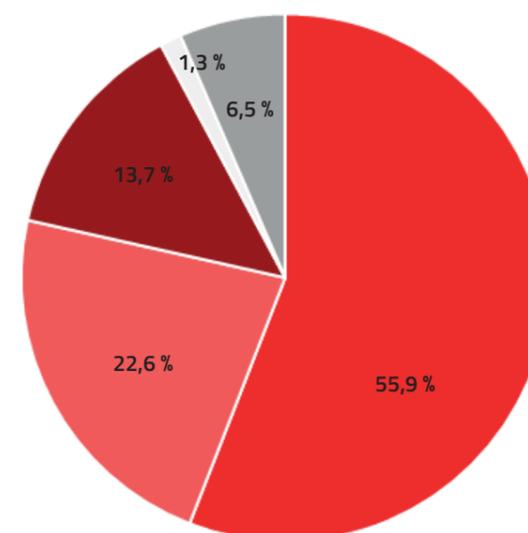
DER FAHRPLAN FÜR EINE FAIRE ARBEITSWELT:

- » Verpflichtende Umsetzung der betrieblichen Gesundheitsförderung.
- » Öffentliche Gesundheitsprogramme für ArbeitnehmerInnen ausbauen, verbessern und ausreichend finanzieren. Insbesondere für Prävention.
- » Vereinheitlichung und Verbesserung der ArbeitnehmerInnenrechte, eine bessere rechtliche Durchsetzung sowie abschreckend hohe Strafen bei Nichtbefolgung.
- » Klare Abgrenzung zur selbstständigen Tätigkeit (jede Form von Scheinselbstständigkeit muss verhindert werden).
- » Beschränkung von Leiharbeit auf maximal zehn Prozent Anteil an der Stammbesellschaft.
- » Verbesserung der Pendlersituation, Reform des Pendlerpauschales in eine sozial-ökologische Richtung.

- » Effektivere Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping
- » Modernes Ausbildungssystem. Berufsorientierung, soziale Kompetenzen und Gesellschaftskunde muss in allen Schultypen ab der 5. Schulstufe bis zur 8. Schulstufe zum Pflichtfach werden.
- » Duales Ausbildungssystem modernisieren und attraktiv für Jugendliche machen .
- » Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze schaffen.
- » „Case Management“ des AMS bei Langzeitarbeitslosen ausbauen. So kann auf die individuellen Fähigkeiten und Anforderungen der Betroffenen eingegangen werden. Voraussetzung dafür ist eine ausreichende personelle, infrastrukturelle und finanzielle Ausstattung des AMS.
- » Einführung einer Jobgarantie vor allem für am Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen.
- » Zielgerichtete, passgenaue und umfassende Weiterbildungsmöglichkeiten für Arbeitslose und Beschäftigte.
- » Erhöhung der sozialen Absicherung bei Arbeitslosigkeit über eine höhere Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld.
- » Lenkende Maßnahmen des Arbeitskräftezuzugs aus dem Ausland.
- » Auf- und Ausbau von kostenlosen, ganztägigen, ganzjährigen, flächendeckenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten.
- » Sicherstellung qualitativ hochwertiger flächendeckender Pflegebetreuung.
- » Faire Verteilung von Arbeit und Einkommen.
- » Verbesserung der gesetzlichen Mitbestimmungsrechte von Betriebsräten.
- » Ausreichende zeitliche Ressourcen für die Tätigkeit und Weiterbildung der Betriebsräte sicherstellen.

2.V – VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT**DAS STEUER- UND ABGABENSYSTEM IST UNGERECHT**

Arbeit und Kapital sind in Österreich unfair besteuert. Anstatt das Kapital stärker zu besteuern, tragen die ArbeitnehmerInnen und KonsumentInnen den Großteil der Abgabenlast. Gewinn- und vermögensbezogene Steuern sind hingegen sehr niedrig bzw. gar nicht vorhanden. Der Effekt: Rund vier Fünftel des Abgabenkuchens kommen aus Lohnabgaben und Steuern auf Konsum. Hingegen vermögende Haushalte tragen nur ein sehr kleines Stück zum Abgabenkuchen bei. Das ist ungerecht und falsch.

Zusammensetzung der Steuern und Abgaben in Österreich 2019 (Anteile in Prozent)

- **Lohnabgaben** (Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträge DienstnehmerInnen und Dienstgeber, sonstige Lohnabgaben)
- **Steuern auf Konsum** (Umsatzsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer, Energieabgabe etc.)
- **Abgaben von Gewinnen und Kapitalerträgen**
- **Steuern auf Vermögen**
- **Sonstige Abgaben** (nicht zuordenbar)

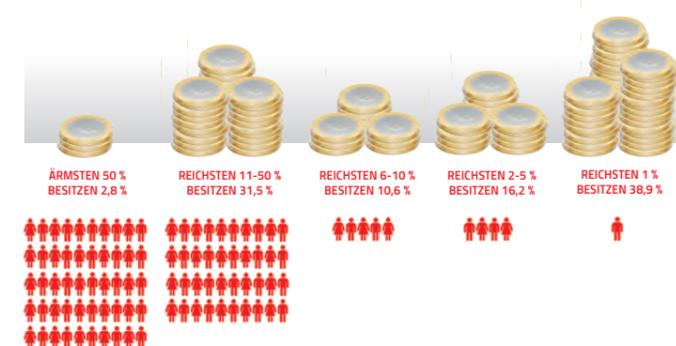
Quelle: AK Oberösterreich, Abteilung Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik, verfügbar unter: https://ooe.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/verteilungsgerechtigkeit/steuern/WSG_2020_G_Zusammensetzung_der_Steuern_und_Abgaben_in_OE_201.pdf

DIE LÖSUNG

- » Für die Höhe der Steuer soll in Österreich das gesamte Einkommen herangezogen werden unabhängig von seiner Zusammensetzung.
- » Kapitaleinkommen müssen genauso hoch wie Arbeitseinkommen besteuert werden.
- » Darüber hinaus müssen auch vermögende Haushalte ihren Beitrag leisten.

EINE ALLGEMEINE VERMÖGENSSTEUER AB EINER MILLION EURO – EIN GEBOT DER STUNDE

Sehr wenige haben in Österreich sehr viel, die meisten haben wenig bis nichts. Laut Nationalbank besitzt das reichste Prozent in Österreich rund 40 % des Gesamtvermögens. Der Rest – 99 % der Bevölkerung – besitzt in Summe 60 %.

Verteilung des Vermögens in Österreich: Wer hat welchen Anteil am Nettovermögen?

Quelle: AK Österreich

„Geben ist seliger denn Nehmen“, sagt der Volksmund. Die milliarden schweren Hilfspakete im Zuge der Corona Krise müssen irgendwann zurückbezahlt werden. Denn: Diese Geldspritzen retten nicht nur Unternehmen, sondern auch die Privatvermögen ihrer EigentümerInnen. Auch bei einem genaueren Blick auf die Verteilung der Corona Hilfspakete lässt sich unschwer erkennen, dass diese zu Ungunsten der ArbeitnehmerInnen waren.

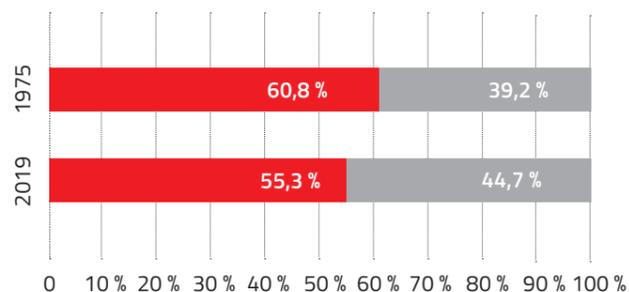
DIE LÖSUNG

- » Eine allgemeine Vermögensteuer ab 1 Mio. Euro Nettovermögen. Alles darunter bleibt steuerfrei und wird nicht angetastet. Der Vorteil dabei: Bei einer Vermögensteuer sind nicht die Unternehmen, sondern deren Eigentümer steuerpflichtig, d.h., es kommt im Unterschied zur gängigen Behauptung zu keiner Belastung der Unternehmen selbst.
- » Ein weiterer Vorteil: bei der Krisenfinanzierung werden nicht nur jene zur Kasse gebeten, die sowieso bereits den Großteil der Abgabenlast tragen: nämlich die ArbeitnehmerInnen.

DIE WERTSCHÖPFUNGSABGABE – NICHT NUR DIE LOHN- UND GEHALTSSUMME ZÄHLT

Die Sozialausgaben werden in Österreich hauptsächlich so finanziert wie vor Jahrzehnten: über Sozialversicherungsbeiträge. In immer mehr Betrieben in Österreich aber arbeiten „MitarbeiterInnen“, die gar keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen: Roboter, Maschinen und automatische Steuerungstechniken.

Diese Betriebe sparen sich so Sozialabgaben. Zu Lasten derer, die MitarbeiterInnen aus „Fleisch und Blut“ beschäftigen.

1975 und 2019 im Vergleich:**Arbeitnehmer*innen bekommen immer weniger vom Einkommenskuchen**

- Einkommen der ArbeitnehmerInnen
- Unternehmensgewinne und Einkommen aus selbstständiger Tätigkeit

Quelle: AMECO Datenbank, Eigene Berechnungen

Immer mehr ArbeitnehmerInnen, immer weniger Selbstständige

- ArbeitnehmerInnen
 - Selbstständige
- Quelle: AMECO Datenbank, Eigene Berechnungen

DIE LÖSUNG

- » Die gesamte betriebliche Wertschöpfung soll die Abgabeneistung hauptsächlich bestimmen, und nicht nur die Lohn- und Gehaltssumme.
- » Gewinne sollen dort versteuert werden, wo sie gemacht werden.

MULTINATIONALE KONZERNE SUCHEN STEUERSÜMPFE

Der Milliardär Donald Trump hat 2017 nur 750 Dollar Einkommenssteuer bezahlt. Mit dieser unfairen Steuerumgehung ist er nicht allein. Rund 40 % der Profite der multinationalen Konzerne werden in Steuersümpfe verschoben. Mit fragwürdigen Unternehmens-Konstruktionen schaffen es Konzerne manchmal sogar, weniger Steuern zu zahlen als ein mittelständischer Tischlereibetrieb.

Österreich entgehen durch diese Steuervermeidungen jedes Jahr rund 1,3 Milliarden Euro. Zum Vergleich: mit diesen 1,3 Milliarden könnten Ausgaben in die soziale Infrastruktur wie z.B. flächendeckende Kinderbetreuung finanziert werden.

Die Steuerverschiebungen in Niedrigsteuer-Staaten wie Irland, Malta oder Luxemburg kommen den SteuerzahlerInnen der anderen Staaten extrem teuer.

Das ist unfair und unsolidarisch. Diese Steuerumgehungen müssen unmöglich gemacht werden. Wertschöpfung, die in Österreich erarbeitet wird, muss auch in Österreich versteuert werden.

DIE LÖSUNG

- » Eine Gesamtkonzernbesteuerung: Zuerst wird der Gewinn auf Ebene des Konzerns ermittelt und dann nach der jeweiligen Wertschöpfung in den einzelnen Staaten der Besteuerung zugewiesen.
- » Steuersümpfe sofort trocken legen.

IRLAND BRAUCHT KEINE 13 MILLIARDEN VOM KONZERN

Irland wollte im Jahr 2018 auf Steuernachzahlungen von Apple in Höhe von 13 Milliarden Euro verzichten. Und das kam so: Die EU-Kommission verurteilte Apple zu einer Steuernachzahlung von 13 Milliarden an Irland, dem Sitz der europäischen Apple-Zentrale. Die kleine Republik Irland aber erhob Einspruch gegen diese 13 Milliarden. Man befürchtete, dass der Konzern andernfalls abwandern würde. Der Europäische Gerichtshof befreite Irland von seinem Dilemma. Er gab 2020 Apple Recht. Es habe keine Sonderbehandlung oder Staatshilfen gegeben.

UNREGULIERTE FINANZMÄRKTE ZÜGELN

Österreich ist in keiner wirtschaftlichen Quarantäne. Als kleine offene Volkswirtschaft ist Österreich eingebunden in ein weltweites Wirtschaftssystem, das sich permanent ändert. Die Finanzmärkte sind nach wie vor weitestgehend unreguliert und haben mit wirtschaftlichen Handeln, wie wir es aus der Realwirtschaft kennen, nichts mehr zu tun. Die Finanzwirtschaft erzeugt Krisen, die Realwirtschaft erzeugt Produkte und Dienstleistungen. Darum muss die Realwirtschaft vor den Auswirkungen einer wild gewordenen Finanzwirtschaft geschützt werden. Wertpapierhandel in Sekundenbruchteilen, Computer, die automatisch kaufen und verkaufen und Wetten auf sinkenden oder steigende Kurse nützen der Realwirtschaft und den Menschen nichts. Im Gegenteil: sie schaden ihnen.

DIE LÖSUNG

- » Endlich eine Finanztransaktionssteuer auf breiter Basis einführen, zur Finanzierung wichtiger öffentlicher Zukunftsinvestitionen.

- » Statt 24/7-Onlinehandel im Millisekundenbereich sollen nur noch alle drei Stunden Transaktionen möglich sein. So wird das irrwitzige und schädliche Tempo aus dem Handel mit Wertpapieren genommen.

QUASI-MONOPOLE IN DER DIGITALEN WELT

Schleichend, aber umso wirksamer, haben sich digitale Monopole entwickelt, die Kraft ihrer globalen Alleinstellung alternativlos sind:

- Standard-Betriebssysteme wie Windows, oder iOS.
- Standard-Software wie das Microsoft-Office Paket.
- Social Media-Internet-Plattformen, wie Facebook oder Instagram. Plattformen für Suchprozesse, wie Google. Plattformen für Videos, wie Youtube. Oder Mechanismen für das Zusammenführen von Nachfrage und Angebot, wie Airbnb, oder Uber.
- Universalanbieter im Online-Handel, wie amazon.

Die Betreiber dieser digitalen Plattformen sind private Konzerne (meistens in den USA). Sie erzielen damit Monopolgewinne und durch das Absaugen und Speichern von Daten verdeutlicht sich die „digitale Kolonialisierung Europas“.

DIE LÖSUNG

- » Monopole führen immer zu Abhängigkeit und zu hohen Preisen. Die Quasi-Monopole der digitalen Welt müssen auf EU-Ebene in die Schranken gewiesen werden. Durch Preisfestsetzungen, durch Datenschutz-Auflagen, durch Zerschlagungen.
- » Auch in diesem Bereich gilt: Es braucht eine Besteuerung der Wertschöpfung, wo sie anfällt. In der digitalen Welt braucht es eine Änderung im internationalen und europäischen Steuerrecht. Am geeignetsten stellt sich auf europäischer Ebene das Konzept der digitalen Betriebsstätte dar.

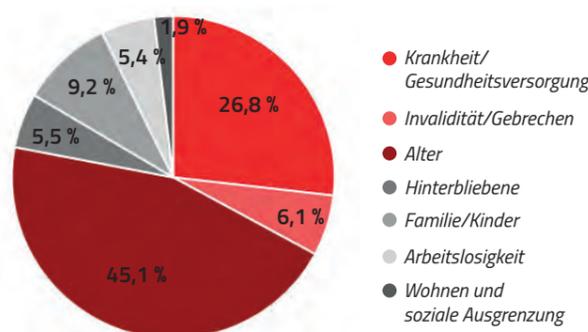
DEN ÖSTERREICHISCHEN SOLIDARSTAAT NACHHALTIG ABSICHERN UND AUSBAUEN

Der österreichische Solidarstaat ist zweifelsohne die größte volkswirtschaftliche Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Jetzt, in der Krise, sehen die Menschen wieder die großen

Vorteile. Der Solidarstaat bietet den BürgerInnen sehr viel in fast allen Lebenslagen: Er unterstützt unter anderem mit Familienleistungen, sichert gegen Risiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit und Behinderungen ab und im höheren Alter mit Pensionsleistungen.

Ein Stützpfiler des Solidarstaats ist die „Sozialpartnerschaft“. Ihre VertreterInnen organisieren die selbstverwaltete Sozialversicherung, die sich über Beiträge der ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen finanziert.

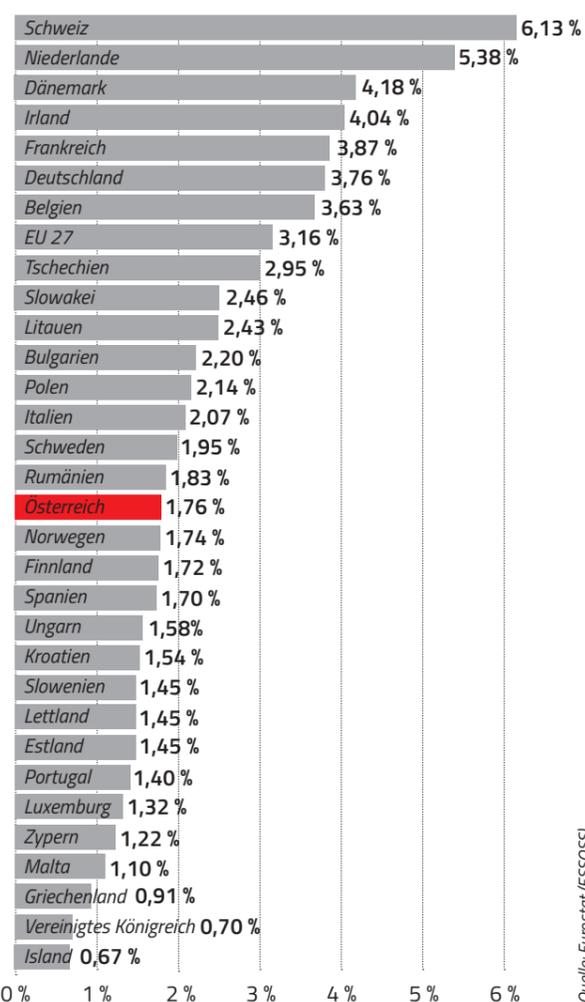
Sozialausgaben nach Funktionen 2019



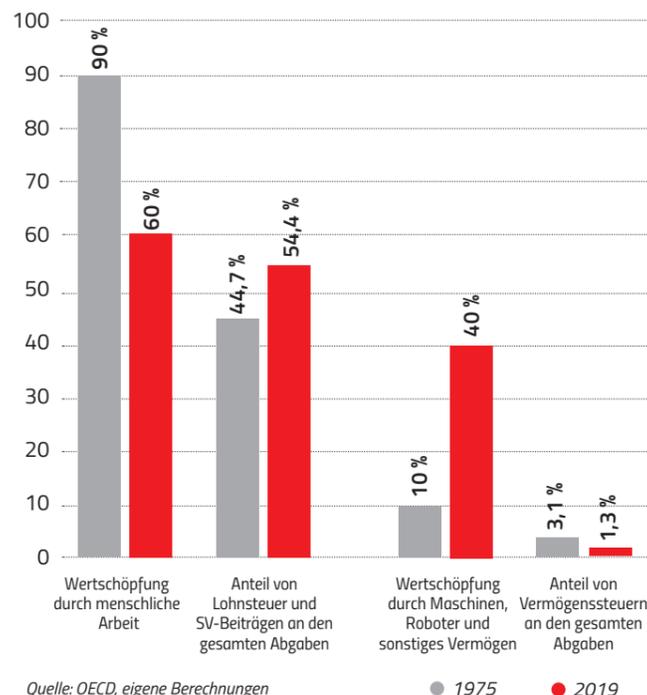
In den Anfängen des Sozialstaats sorgte die menschliche Arbeitskraft praktisch im Alleingang für den Unternehmenserfolg. Daher hatte es damals auch seine Berechtigung, die Lohnsumme als Grundlage für die Bemessung der Beiträge zur Sozialversicherung heranzuziehen. Durch Industrialisierung und Automatisierung traten in weiterer Folge aber andere Produktionsfaktoren immer stärker in den Vordergrund. Heute liegt das Verhältnis zwischen Mensch und Maschine bereits bei etwa 60 zu 40. Diese Lücke von 40 Prozent bei der Finanzierung des Solidarstaates muss rasch geschlossen werden.

Die Debatte um einen so genannten „ineffizienten Staat“ ist ideologisch geprägt. Ein Blick auf die Verwaltungskostenanteile an den Sozialausgaben zeigt, dass sehr wohl sparsam, wirksam und effizient gearbeitet wird:

Anteil der Verwaltungskosten an den Sozialausgaben



Anteil an der gesamten Wertschöpfung und an den Steuern und Abgaben in Österreich (1975 und 2019 im Vergleich)



DIE LÖSUNG

- » Nachhaltige finanzielle Absicherung, gezielter Ausbau und Weiterentwicklung des österreichischen Solidarstaates.

DER FAHRPLAN FÜR MEHR GERECHTIGKEIT:

- » Steuerprogression nicht nur für Arbeits-, sondern auch für Kapitaleinkommen.
- » Einführung einer allgemeinen Vermögensteuer ab 1 Million Euro Nettovermögen.
- » Verbreiterung der Solidarstaatsfinanzierung durch Einbeziehung der gesamten betrieblichen Wertschöpfung.

- » Eine Gesamtkonzernbesteuerung für Konzerne, um Steuerschlupflöcher zu verhindern.
- » Steuersümpfe trockenlegen.
- » Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf breiter Basis
- » Tempobeschränkung von Finanztransaktionen. Entschleunigung und Auflagen für die Finanzwirtschaft.
- » Die Quasi-Monopole der digitalen Welt müssen auf internationaler und europäischer Ebene in die Schranken gewiesen werden und deren Wertschöpfung dort besteuert werden, wo sie anfällt.
- » Nachhaltige finanzielle Absicherung, gezielter Ausbau und Weiterentwicklung des österreichischen Solidarstaates.

3.V – VERSORGUNGSSICHERHEIT

Die Corona-Krise zeigt: Die globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten reißen. Seit Jahrzehnten werden Wirtschaftsbereiche aus Kostengründen in Niedriglohnländer verlagert. Zusätzlich sorgt die Just-in-Time Produktion dafür, dass die Lagerhaltung auf günstigere Transportwege verlegt wurde. Fällt eines dieser Kettenglieder aus, kommen die Produkte nicht dort an, wo sie benötigt werden.

Auch Österreich ist von ausländischen Produkten abhängig. Bei den Medizinprodukten ist dieses Dilemma sehr deutlich geworden. Desinfektionsmittel, FFP2-Masken, Schutzausrüstung für Gesundheits- und Pflegepersonal, Medikamente und Impfstoffe waren nicht im ausreichenden Ausmaß oder gar nicht verfügbar. Aber heimische Unternehmen waren findig. Sie haben während der Krise gezeigt, dass sie ihre Produktion schnell anpassen können. Brauereien haben zum Beispiel begonnen, Desinfektionsmittel herzustellen und Zulieferbetriebe in der Autoindustrie haben Beatmungsgeräte erzeugt.



So geht lösungsorientierte Produktion: Die Wieselburger Brauerei erzeugt jetzt auch Alkohol für Desinfektionsmittel.

DIE LÖSUNG

- » Produkte der Versorgungssicherheit (beispielsweise Medizinprodukte) in Österreich/Europa produzieren, Lieferketten kürzen. Kürzere Lieferketten sind aus vielerlei Gründen notwendig: Wegen Klima- und Umweltschutz, zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit, zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort etc. Die öffentliche Beschaffung dieser Güter soll diese Ziele unterstützen.

- » Für alle Produkte muss ein Lieferkettengesetz die sozialen und ökologischen Standards für jeden Produktionsschritt transparent machen. Das hilft auch gegen Kinderarbeit, unzumutbare Arbeitsbedingungen und Sozialdumping.

DASEINSVORSORGE – DAS SELBSTVERSTÄNDLICHE, DAS NICHT SELBSTVERSTÄNDLICH IST

Selbstverständliches bemerken wir meistens erst, wenn es nicht mehr da ist. Wenn zum Beispiel der Müll nicht mehr abtransportiert wird oder die Stromversorgung ausfällt. Diese „Selbstverständlichkeiten“ sind erstens gar keine und gehören zweitens zur sogenannten Daseinsvorsorge. Sie umfasst kommunale Leistungen wie Kanal, Wasser, Müll, sowie Energieversorgung, die öffentliche Sicherheit, Post und Telekommunikation und die Verkehrs- und Wohnungswirtschaft. Diese Versorgungsleistungen werden zum Teil von der öffentlichen Hand und zum Teil von privaten Unternehmen angeboten. Dazu gehören auch die Betreuungs- und Pflegeleistungen im privaten Bereich und die ehrenamtlichen Leistungen, wie Feuerwehr oder Rettung, die von breiten Gesellschaftsteilen übernommen werden.



Strom gehört zur Daseinsvorsorge. Fällt er aus, funktioniert nichts mehr. Weder Spitäler noch Tankstellen, Lifte oder Handys. Erst zu Beginn des Jahres (8.1. kurz nach 14 Uhr) war die Gefahr eines Black-Outs so nah wie noch nie.

ÖFFENTLICHER VERKEHR: SICHER, LEISTBAR, KLIMASCHONEND UND SCHNELL

Die Erde erwärmt sich weiter. Treibhausgase wie CO2 verändern unser Klima und unseren Lebensraum. Darum haben sich Österreich und 190 andere Staaten im „Pariser Klimaabkommen“ verpflichtet, weniger Treibhausgase auszustoßen. Ein wesentlicher Verursacher ist für die Treibhausgase ist der Verkehr. Daher liegt es nahe hier anzusetzen. Öffentlicher Verkehr ist klimaschonend und sicher. Er muss aber auch flächendeckend vorhanden, leistungsfähig und bequem sein, damit ihn die Menschen gerne annehmen und auch auf Öffis umsteigen.

DIE LÖSUNG

- » Mobilität ist ein Grundrecht. Als erster Schritt muss der öffentliche Verkehr flächendeckend ausgebaut und rasch das 1-2-3-Ticket, also ein preisgünstiges Ticket für Österreich und die Bundesländer, eingeführt werden.
- » Ein langfristiges Ziel muss es sein, dass die Benützung des öffentlichen Verkehrs soweit wie möglich kostenfrei zur Verfügung steht.

EIN GEDANKENEXPERIMENT: EU-PREISPFAD FÜR FOSSILE ENERGIETRÄGER

Erwartungen spielen für die Wirtschaftsakteure eine entscheidende Rolle. „Green Growth“ kann nur realisiert werden, wenn alle Akteure erwarten, dass die Kosten für fossile Energieträger stetig steigen. Die derzeit stark schwankenden Preise für fossile Energie konterkarieren die Bekämpfung der Erderwärmung. Weder CO2-Steuer noch Emissionshandel sind hier die Lösung. Wenn jedoch die Akteure wissen, dass fossile Energieträger jedes Jahr teurer werden, dann kann man sich einfach ausrechnen wieviel Investitionen heute in alternative Energieträger in Zukunft bringen. Investitionen in CO2-Vermeidung würden sich dann doppelt rentieren.

Der Vorschlag konkret: Festlegung eines EU-Preispfades für fossile Energieträger - die Differenz zum Weltmarktpreis wird mit einer monatlichen angepassten EU-Mengensteuer abgeschöpft - die Einnahmen daraus werden auf die EU-Mitgliedsstaaten nach einem Schlüssel aufgeteilt und müssen verpflichtend für Investitionen in erneuerbare Energien investiert werden.

DIE ENERGIEZUKUNFT IST ERNEUERBAR

Energieerzeugung ist das zweite Standbein des Klimaschutzes. „Erneuerbare“, wie Wasserkraft, Windenergie oder Photovoltaik sollen Kohle-, Gas- und Ölkraftwerke ersetzen.

Beim Übergang von fossilen Energieträgern zu einer nachhaltigen Wirtschaft darf aber nicht auf die finanziell Schwächsten in der Gesellschaft vergessen werden. Darum darf beim Umbau des Energiesystems nicht nur die ökonomische und ökologische Frage eine Rolle spielen, sondern es muss stets die soziale Frage mitberücksichtigt werden. Denn Energiearmut ist immer eng mit Armut verknüpft.

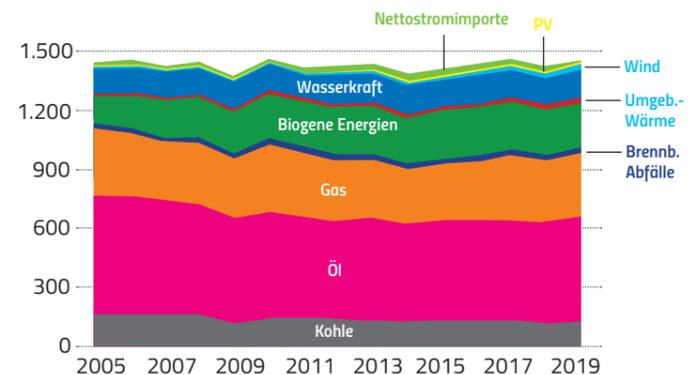
Auch müssen Gas-Reservekraftwerke bereit stehen, die rasch hochgefahren werden können, um Black Outs zu verhindern.

Anstieg des Anteils Erneuerbarer Energie am Gesamtenergieverbrauch in Österreich

Bruttoinlandsverbrauch

Der Bruttoinlandsverbrauch konnte langfristig weitgehend stabilisiert werden und ist durch deutliche Zuwächse der erneuerbaren Energien gekennzeichnet.

nach Energieträgern in Petajoule 2005 - 2019



Wachstum und Rückgang der Energieträger

p.a. 2005-2019		2018-2019
+36,9 %	PV	+18,4 %
+13,1 %	Wind	+23,1 %
+1,3 %	Nettostromimporte	-65,0 %
+8,6 %	Umgebungswärme	+7,2 %
+3,4 %	Brennbare Abfälle	-1,4 %
+2,9 %	Biogene Energien	-1,4 %
+0,7 %	Wasserkraft	+8,5 %
-0,4 %	Gas	+3,7 %
-0,8 %	Öl	+3,2 %
-2,4 %	Kohle	+4,2 %

+0,1 % p.a. Bruttoinlandsverbrauch gesamt 2005-2019

Quelle: Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, <https://www.bmk.gv.at/themen/energie/publikationen/zahlen.html>, Energie in Österreich: Zahlen, Daten Fakten 2020, Seite 12

DIE LÖSUNG

- » Erneuerbare Energieversorgung langfristig sichern – Energiearmut verhindern.
- » Ein „Transformationsfonds der EU“ soll Großprojekte finanzieren, die der Energiewende einen massiven Schub verleihen.
- » Damit soll unter anderem ein europaweites Schnellzug-Schiennetz geschaffen werden.
- » Auch die energetische Gebäudesanierung soll EU-weit umgesetzt werden. Das schafft neue Arbeitsplätze, und senkt den Ausstoß von Treibhausgasen extrem.

WOHNEN DARF KEIN LUXUS SEIN

Wohnen ist ein zentrales Grundbedürfnis, genauso wie Nahrung oder Kleidung. Wohnen ist dabei ein besonderes Gut, das nicht mit anderen am Markt gehandelten Gütern vergleichbar ist. Immer breitere Bevölkerungsschichten geben einen erheblichen Teil ihres zur Verfügung stehenden Einkommens fürs Wohnen aus. Insbesondere bei einkommensschwächeren Haushalten ist der Anteil an den Gesamthaushaltsangaben wesentlich höher. Die 40 % der einkommensschwächsten Haushalte geben zwischen 41,6 % und 34 % der Ausgaben für Wohnen und Energie aus. Ziel muss es sein, dass insbesondere einkommensschwächere Haushalte max. 25 % ihres zur Verfügung stehenden Haushaltseinkommens fürs Wohnen ausgeben.

DIE LÖSUNG

- » Ein Universalmietrecht mit nachvollziehbaren Zu- und Abschlägen, das für alle vermieteten Wohnungen gilt und das Mieten günstiger macht.
- » Eine geförderte Wohnbauoffensive, die ausreichend leistbaren Wohnraum zur Verfügung stellt.

DIE GESUNDHEITSVERSORGUNG: IN KRISENZEITEN WICHTIGER DENN JE

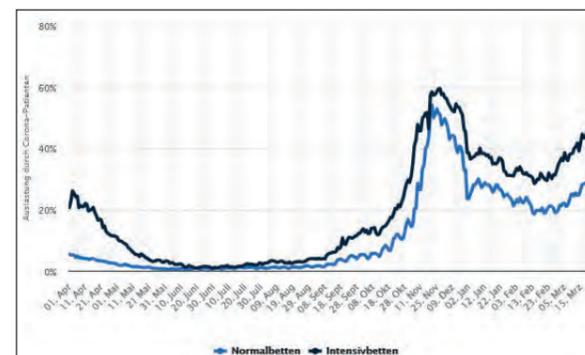
Erinnern Sie sich? „Wer braucht Gemeindeärztinnen/-ärzte oder Schulärztinnen/-ärzte?“ wurde gefragt. Die Privatisierung von Spitälern und Pflegeheimen wurden gefordert. „Wir haben viel zu viele Intensivbetten“, wurde behauptet.

Corona hat diese Stimmen zum Verstummen gebracht. In Österreich ist jedes einzelne Intensivbett benötigt worden, die Sinnfrage eines gut ausgebauten öffentlichen Gesundheitssystems stellt sich mittlerweile nicht mehr.

DIE LÖSUNG

- » Langfristig die öffentliche Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung infrastrukturell, personell und finanziell sicherstellen.

Auslastung der Intensivbetten durch Coronakranke in Österreichs Spitälern



Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1155556/umfrage/auslastungsgrad-von-normal-und-intensivbetten-durch-corona-patienten-in-oesterreich/>

GEMEINDEN UNTER FINANZIELLEM DRUCK

Die Gemeinden sind in der finanziellen Zwickmühle. Sie sind in der Krise stark unter Druck gekommen. Sie stellen nicht nur viele Dienstleistungen und Güter ihren GemeindebürgerInnen zur Verfügung, sondern sind auch starker Partner der lokalen Wirtschaft und sichern dadurch Arbeitsplätze in der Region. Durch Corona leiden sie aktuell unter massiven Einnahmefällen. Es gab zwar bereits zwei Hilfspakete des Bundes, beim ersten Paket mussten allerdings 50 % der Kosten der Programme in den Gemeinden von diesen übernommen werden – angesichts leerer Gemeindekassen eine Unmöglichkeit. Beim zweiten Hilfspaket handelt es sich vorwiegend um Einnahmenvorschüsse. Es ist ein drittes Paket dringend notwendig, damit die Gemeinden so wie bisher ihre Aufgaben wahrnehmen und die Dienste der Grundversorgung unverändert anbieten können und den unmittelbaren Lebensraum der BürgerInnen gestalten und weiterentwickeln zu können.

Fünf Offensiven: Vorschlag der AK für den nationalen Aufbauplan

Damit die Finanzhilfen letztlich dort landen, wo sie am dringendsten gebraucht werden, schlägt die AK eine Fokussierung auf **fünf konkrete Offensiven** vor, die sich insbesondere den Gebieten Arbeitsmarkt, Gesundheits- und soziale Dienstleistungen, Armutsbekämpfung und Klimaschutz widmen.



Offensive 1 Arbeitsmarkt, Bildung & Digitalisierung

Der Arbeitsmarkt erlebt im Zuge der Maßnahmen gegen die COVID-Pandemie seine größte Krise seit dem zweiten Weltkrieg und hinterlässt weitreichende Folgen für die Betroffenen. Die AK fordert daher, das hohe Niveau der **Arbeitslosigkeit so rasch wie möglich konsequent zu senken**. Als wirksam im Kampf gegen Arbeitslosigkeit erweisen sich öffentlich finanzierte Arbeitsplätze für junge Menschen und ältere Langzeitarbeitslose. Darüber hinaus bedarf es unter anderem einer Digitalisierungsoffensive im Bildungsbereich, aber auch einer Ausweitung des Chancenindex-Pilotprogramms für Schulen mit besonderen Herausforderungen.



Offensive 4 Ökologischer Wandel

Um das von der Bundesregierung angestrebte Ziel der Klimaneutralität bis 2040 erreichen zu können, braucht es ab jetzt enorme Investitionen. Daher sollen finanzielle Mittel für das Vorantreiben des Ausbaus des **öffentlichen Verkehrs**, für **erneuerbare Energien** sowie für **thermische Sanierung** von Gebäuden vorgesehen werden. Um auch eine sozial gerechte Energiewende zu gewährleisten und der drohenden Energiearmut entgegen zu wirken, soll ein Energie- und Klimahilfsfonds eingerichtet werden.

Quelle: https://www.arbeiterkammer.at/service/zeitschriften/eaufeinanderblick/2021_EU_Wiederaufbaufonds.pdf

Offensive 2 Soziale Dienstleistungen für mehr Lebensqualität



Soziale Dienstleistungen wie **Kinderbetreuung** und **Pflege** erfüllen ganz wichtige gesellschaftliche Aufgaben. Ihr Ausbau ist eine wichtige Investition in die Zukunft. Eine bessere Infrastruktur in der Kinderbetreuung und ein zielgerichtetes Pflegepaket zur Stärkung des öffentlichen Gesundheitssystems bringen Entlastungen für Eltern und Angehörige und erzielen eine hohe Beschäftigungswirkung.



Offensive 3 Armutsbekämpfung

In der aktuellen Krise darf das im Regierungsprogramm festgeschriebene Ziel, die Zahl der Armutsgefährdeten zu halbieren, nicht aus den Augen verloren werden. Dazu bedarf es unter anderem der **Anhebung des Arbeitslosengeldes auf 70% der Nettoersatzrate** (erhöht automatisch auch die Notstandshilfe).



Offensive 5 Klimagerechte Städte und Gemeinden

Städte und Gemeinden sind finanziell nicht nur durch die Pandemie besonders unter Druck, städtische Gebiete sind auch vom Klimawandel besonders betroffen. Die Mittel für Städte und Gemeinden sind massiv aufzustocken, insbesondere in den Erhalt und Ausbau von sozialen Infrastrukturen (von Wohnen bis Schulen und Kindergärten) sowie kritische Infrastrukturen (u.a. Energieversorgung, Wasserversorgung, etc.), andernfalls drohen Kürzungen bei dringenden Investitionen, was letztlich die Überwindung der Corona-Krise unmöglich macht. Die AK fordert daher ein **Förderprogramm**, um die Qualität des **öffentlichen Raums** zu erhöhen, öffentliche gemeinnützige Unternehmen zu stärken und den Klimaschutz zu forcieren.

Wie wird die Bundesregierung vorgehen?

Aus dem Wiederaufbaufonds erhält Österreich ca 3,4 Mrd. Euro (2021–2023). Mindestens **37%** müssen davon für den **Klimaschutz** verwendet werden, mindestens **20%** für den **digitalen Wandel**. Die Republik hinkt anderen Mitgliedstaaten der EU bei der Präsentation von Ideen bereits weit hinter her.

Die österreichische Bundesregierung muss nun zügig darlegen, wie sie das europäische Geld für die Menschen in Österreich am besten einsetzt. Und auch AK und ÖGB wollen bei der Frage, wer in die Gunst der europäischen Wiederaufbauhilfen kommt, natürlich eng eingebunden werden.

Der EU Wiederaufbaufonds sieht für Österreich 3,4 Mrd. Euro vor. Davon müssen laut EU-weiten Vorgaben 37 % für den Klimaschutz und mindestens 20 % für die Digitalisierung verwendet werden. Hier sind auch die Gemeinden adressiert. Die Bundesregierung sollte über diesen Wiederaufbaufonds die Finanzen der Gemeinden wieder stabilisieren und bei ihren Plänen AK und ÖGB mit einbinden.

DIE LÖSUNG

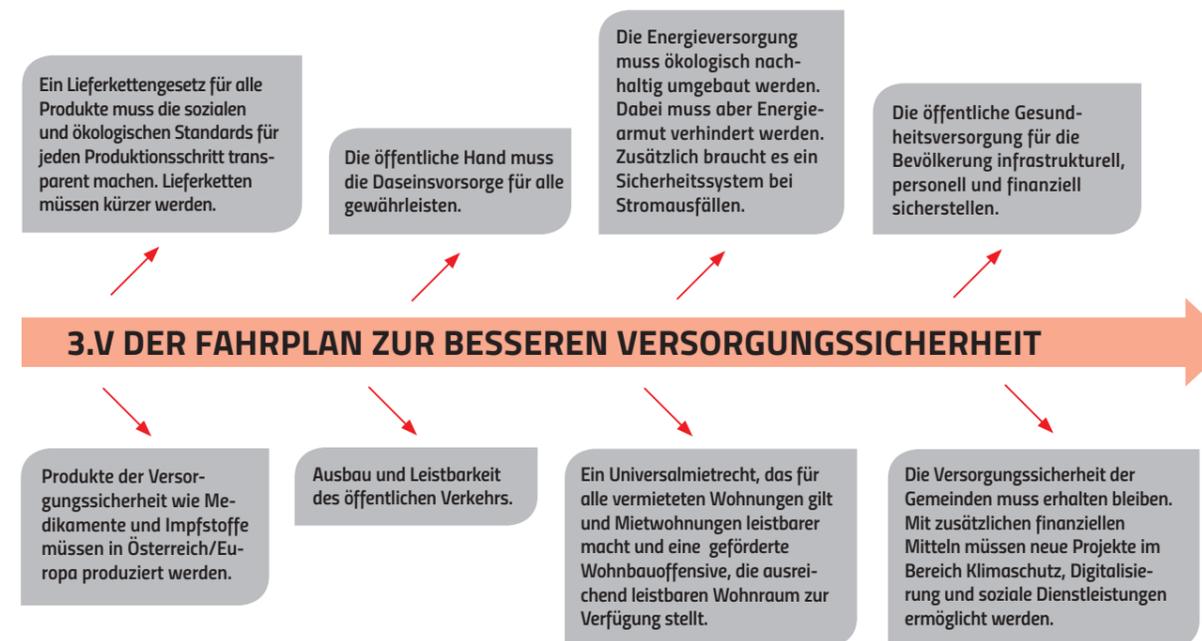
- » Die Versorgungssicherheit der Gemeinden erhalten und mit zusätzlichen finanziellen Mitteln neue Projekte im Bereich Klimaschutz, Digitalisierung und soziale Dienstleistungen ermöglichen.

DER FAHRPLAN ZUR BESSEREN VERSORGUNGSSICHERHEIT:

- » Ein Lieferkettengesetz für alle Produkte muss die sozialen und ökologischen Standards für jeden Produktionsschritt

transparent machen. Lieferketten müssen kürzer werden.

- » Produkte der Versorgungssicherheit wie Medikamente und Impfstoffe müssen in Österreich/Europa produziert werden.
- » Die öffentliche Hand muss die Daseinsvorsorge für alle gewährleisten.
- » Ausbau und Leistbarkeit des öffentlichen Verkehrs.
- » Die Energieversorgung muss ökologisch nachhaltig umgebaut werden. Dabei muss aber Energiearmut verhindert werden. Zusätzlich braucht es ein Sicherheitssystem bei Stromausfällen.
- » Ein Universalmietrecht, das für alle vermieteten Wohnungen gilt und Mietwohnungen leistbarer macht und eine geförderte Wohnbauoffensive, die ausreichend leistbaren Wohnraum zur Verfügung stellt.
- » Die öffentliche Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung infrastrukturell, personell und finanziell sicherstellen.
- » Die Versorgungssicherheit der Gemeinden muss erhalten bleiben. Mit zusätzlichen finanziellen Mitteln müssen neue Projekte im Bereich Klimaschutz, Digitalisierung und soziale Dienstleistungen ermöglicht werden.



Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich

AK-Platz 1, 3100 St. Pölten



SERVICENUMMER

05 7171-0
mailbox@aknoe.at
noe.arbeiterkammer.at

ÖFFNUNGSZEITEN

Montag bis Donnerstag 8 – 16 Uhr
Freitag 8 – 12 Uhr

BERATUNGSSTELLEN

DW

Amstetten , Wiener Straße 55, 3300 Amstetten.....	25150
Baden , Elisabethstraße 38, 2500 Baden.....	25250
Flughafen-Wien , Office Park 3 - Objekt 682, 2. OG - Top 290, 1300 Wien.....	27950
Gänserndorf , Wiener Straße 7a, 2230 Gänserndorf.....	25350
Gmünd , Weitraer Straße 19, 3950 Gmünd.....	25450
Hainburg , Oppitzgasse 1, 2410 Hainburg.....	25650
Hollabrunn , Brunnthalgasse 30, 2020 Hollabrunn.....	25750
Horn , Spitalgasse 25, 3580 Horn.....	25850
Korneuburg , Gärtnergasse 1, 2100 Korneuburg.....	25950
Krems , Wiener Straße 24, 3500 Krems.....	26050
Lilienfeld , Pyrkerstraße 3, 3180 Lilienfeld.....	26150
Melk , Hummelstraße 1, 3390 Melk.....	26250
Mistelbach , Josef-Dunkl-Straße 2, 2130 Mistelbach.....	26350
Mödling , Franz-Skribany-Gasse 6, 2340 Mödling.....	26450
Neunkirchen , Würflacher Straße 1, 2620 Neunkirchen.....	26750
Scheibbs , Bürgerhofstraße 5, 3270 Scheibbs.....	26850
Schwechat , Sendnergasse 7, 2320 Schwechat.....	26950
SCS , Bürocenter B1/1A, 2334 Vösendorf.....	27050
St. Pölten , AK-Platz 1, 3100 St. Pölten.....	27150
Tulln , Rudolf-Buchinger-Straße 27 – 29, 3430 Tulln.....	27250
Waidhofen , Thayastraße 5, 3830 Waidhofen/Thaya.....	27350
Wien , Plößlgasse 2, 1040 Wien.....	27650
Wr. Neustadt , Babenbergerring 9b, 2700 Wr. Neustadt.....	27450
Zwettl , Gerungser Straße 31, 3910 Zwettl.....	27550

ÖSTERREICHISCHER GEWERKSCHAFTSBUND

Landesorganisation Niederösterreich
AK-Platz 1, 3100 St. Pölten
niederösterreich@oegb.at



 **Facebook**
facebook.com/ak.niederoesterreich

 **Broschüren**
noe.arbeiterkammer.at/broschueren

 **AK-App**
noe.arbeiterkammer.at/app

 **YouTube**
www.youtube.com/aknoetube

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber
und Redaktion:

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich
AK-Platz 1, 3100 St. Pölten

Telefon: 05 7171-0
Hersteller: Eigenvervielfältigung
Stand: 2021